

Erklärung des zu beratenden Unternehmens im Rahmen der Antragstellung im Förderprogramm go-digital

1.) Angaben des begünstigten Unternehmens im Förderprogramm go-digital

Name des Unternehmens: _____

Anschrift, PLZ, Ort: _____

Telefon: _____ Fax: _____ E-Mail: _____

Gesetzliche/r Vertreter/in: _____

Amtlicher Registereintrag: _____

(Kopie des aktuellen Handelsregisterauszuges oder ein anderer amtlicher Registerauszug ist zur Prüfung der rechtsverbindlichen Unterschriften beizulegen)

Ansprechpartner/in im Förderprogramm go-digital (Name, Tel., E-Mail)

Anzahl Mitarbeiter/innen: _____ Jahresumsatz: _____ € Bilanzsumme: _____ €
 Industrie Handwerk Dienstleistungsgewerbe _____

2.) Erklärungen:

- a. Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen nach Nr. 4.1 der Förderrichtlinie „go-digital“ vom 06. Juli 2017 ein eigenständiges Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft einschließlich des Handwerks mit technologischem Potential ist, welches zusammen mit seinen verbundenen Unternehmen **weniger als 100 Mitarbeiter/innen** umfasst und eine **Jahresbilanz von höchstens 20 Mio. €** aufweist und nicht in Schwierigkeiten¹ ist.

- b. Ich/wir versichere/n, dass ich/wir über ein geordnetes Rechnungswesen verfügen und für den von uns zu leistenden Eigenbetrag keine Beihilfe des Bundes, des Landes oder der Europäischen Union beantragt habe/n oder eine solche Beihilfe nicht gewährt oder zugesagt worden ist.

¹ Definition nach Artikel 2 Absatz 18 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108

- c. Ich/Wir erkläre/n, dass die Zahlung meines/unseres Eigenanteils bzw. des Beraterhonorars nicht unmittelbar oder mittelbar aus Mitteln der beauftragten Beraterin/des beauftragten Beraters oder aus Rechtsgeschäften mit der beauftragten Beraterin/dem beauftragten Berater (Rechnungstellung an Beraterin/Berater) oder mit ihr/ihm in Verbindung stehenden Dritten geleistet, vorfinanziert, übernommen oder verrechnet wird. Dies gilt auch für Leistungen durch einen vom Berater unabhängigen Dritten, der an der Durchführung der Beratung ein geschäftliches Interesse hat.
- d. **Erklärung über Subventionserhebliche Tatsachen und zur Offenbarungspflicht**

Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 des Strafgesetzbuches² bekannt. Ich/Wir habe(n) davon Kenntnis genommen, dass die nachstehend aufgeführten Tatsachen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind. Ferner ist mir/uns bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, dem BMWi bzw. der beauftragten Stelle unverzüglich alle Änderungen dieser Tatsachen mitzuteilen. Von den besonderen Offenbarungspflichten gemäß § 3 Subventionsgesetz³ in Verbindung mit den nachstehend aufgeführten Tatsachen habe(n) ich/wir Kenntnis genommen.

- a. Tatsachen, die für die Bewilligung und Gewährung einer Zuwendung erheblich sind:

Subventionserheblich sind sämtliche Angaben in der Stammdatenerfassung (Punkt 1.), die Angaben und Erklärungen zu den Punkten 2a-2c sowie die Angaben zu den De-minimis-Beihilfen (Anlage 2)

- b. Tatsachen, die für die Weitergewährung, das Belassen oder die Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung sind:

Subventionserheblich sind folgende Tatsachen, die dem BMWi bzw. der beauftragten Stelle bei der Durchführung des Fördervorhabens nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheids nebst Anlage (Nebenbestimmungen) mitzuteilen sind:

² In der Fassung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 31. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2149)

³ Gesetz gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S.2037)

- dass ich/wir als begünstigtes Unternehmen nach Vorlage des Zuwendungsbescheides weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantrage(n) oder von ihnen erhalte(n) oder dass ich/wir - ggf. weitere - Mittel von Dritten erhalte(n)
 - dass der Zuwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern
 - dass sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist
 - dass ein Insolvenzverfahren über das Vermögen meines/unseres Unternehmens beantragt oder eröffnet wird
- c. Subventionserheblich sind die von mir/uns zu bestätigenden Angaben des Beratungsunternehmens im Verwendungsnachweis (Teil II Sachbericht), die die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen

Wir/ich versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift und
Firmenstempel